



1.800 Unternehmer und ihre Beschäftigten wurden in Vorarlberg zu den Corona-Maßnahmen befragt.

3G in Unternehmen

Eine neue Studie der Med Uni Graz zeigt: Betriebe tragen die Corona-Maßnahmen zum überwiegenden Teil mit.

GRAZ/BREGENZ. Unternehmen und ihre Belegschaften tragen die Corona-Maßnahmen offenbar gemeinsam und in großer Mehrheit trotz zusätzlicher Belastungen mit. Der Grund: Lockdowns und weitere wirtschaftliche Gefahren sollen vermieden und die Gesundheit der Beschäftigten und Kunden soll geschützt werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der

Med Uni Graz, die im Juni 2021 im Auftrag des Gesundheitsministeriums und des Landes Vorarlberg durchgeführt und nun vorgestellt worden ist.

Breite Studie in Vorarlberg

„Insgesamt haben mehr als 1.800 Arbeitgeber, Führungskräfte und Arbeitnehmer aus Vorarlberg an der Studie teilgenommen“, erklärt Studienleiterin

Andrea Siebenhofer-Kroitzsch. Hinsichtlich der Umsetzung der Maßnahmen zeigen sich für die Arbeitgeber und Führungskräfte positive Ergebnisse.

Rund 80% weisen auf betriebsinterne Schutzkonzepte hin und passen diese auch an die aktuellen Anforderungen an. Sie verfügen in den Betrieben u.a. über interne oder extern organisierte Testangebote und

unterstützen die Beschäftigten mit Schutzausrüstung. Die Ergebnisse der Studie zeigen zudem eine hohe Beteiligung der Arbeitnehmer an der Umsetzung der Maßnahmen. Sie geben ebenfalls zu fast 80% an, sich an Maßnahmen wie eine etwaige Testverpflichtung, das Tragen von Masken nach Vorschrift oder an Schutzmaßnahmen bei internen und externen Kundenkontakten zu halten. Die überwiegende Mehrheit bewertet demnach die jeweiligen Maßnahmen im Betrieb als richtig und trägt diese mit.

Niederschwellige Angebote

Daniela Schmid vom Institut für Infektionsepidemiologie & Surveillance von der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) zieht folgenden Schluss: „Für uns ist bedeutsam, dass die Angebote in den Betrieben auch niederschwellig umgesetzt werden – das heißt ortsnahe, zeitnah und kostenfrei, denn es ist wesentlich, für alle Betriebe ein möglichst lückenloses Schutzkonzept zu bieten, und das mit gleichzeitig gebotener ausreichender Information und Kontrolle vor Ort. Nur so können die Übertragungsketten in den Betrieben gestoppt werden.“

YouTube entfernt Falschinfos über Impfstoffe

EU und Gesundheitsminister warnen vor Falschinformationen in Sozialen Medien.

WIEN/LOS ANGELES. Die Video-Plattform YouTube kündigte an, Falschinformationen zu Impfungen zu entfernen. Betroffen seien Beiträge, die Angaben der Weltgesundheitsorganisation und örtlicher Behörden zu Sicherheit, Effizienz sowie Inhaltsstoffen widersprüchen, teilte die Google-Tochter mit. Damit werde man zum Beispiel nicht mehr behaupten dürfen, dass

Impfungen Krebs und Diabetes verursachen oder zur Nachverfolgung von Geimpften eingesetzt werden könnten. Accounts, die wiederholt oder stark gegen die Regeln verstießen, würden von der Plattform verbannt.

Minister pocht auf Impfung

„Wir müssen Falschinformationen mit klaren Aussagen bekämpfen“, forderte zuletzt auch

EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides bei einem Wien-Besuch. „Aufklärung ist der Schlüssel“, sagte auch Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne). Jeder könne dabei einen Beitrag leisten, es brauche auch die Mithilfe der Bürgermeister und der Hausärzte, betonte Mückstein. Die Impfung wirkt und ist sicher, „das sind Fakten“, versicherte er. (red)



YouTube will sich künftig an Empfehlung der WHO orientieren.